

Kein Denkmalschutz für Helmut Kohl

■ CDU-Vorstand fordert in der Parteispendenaffäre vom Ex-Kanzler ein Geständnis: Kohl soll seine Geldgeber benennen. Merkel: Ära Kohl „ist vorbei“

Berlin (taz) – Das Denkmal stürzt. Gestern hat das CDU-Präsidium demonstrativ und eindringlich Ex-Kanzler Helmut Kohl aufgefordert, die Namen der Spender preiszugeben, von denen er nach eigenen Angaben in den Jahren 1993 bis 1998 rund zwei Millionen Mark kassiert hat, ohne dass das Geld im offiziellen Rechenwerk der Partei aufgetaucht ist. Bisher ist der CDU-Ehrenvorsitzende dazu nicht bereit.

Für Kohl, der an der Sitzung des Parteivorstands nicht teilgenommen hatte, wird es nun eng. Die Geduld der Parteimitglieder scheint zu Ende. „Es wäre richtig und hilfreich, wenn er die Spender nennt“, sagte Parteichef Schäuble gestern vor der versammelten Presse, wehrte sich aber auch dagegen, die „Lebensleistung von Helmut Kohl in den Hintergrund zu drängen“.

Schäuble stellte gestern einen ersten Zwischenbericht der Wirtschaftsprüferkanzlei Ernst und Young zu dem dubiosen Finanz- und Spendengebaren der CDU „in den vergangenen Jahren“ vor. Er musste aber schnell einräumen, dass die bisherigen Bemühungen der Prüfer nur zu sehr lückenhaften Ergebnissen geführt haben.

Kein Wunder: Vielfach ist das Material unvollständig. Das gilt besonders für die Akten aus der Zeit vor der sechsjährigen Aufbewahrungsfrist, aber auch für Belege für das Poolkonto, das von dem langjährigen CDU-Finanzberater Weyrauch an dem Schatzmeister der Partei vorbei geführt worden ist. Für die Jahre 1994 bis 1996 weisen die Unterlagen zu diesem Konto erhebliche Lücken auf. Nach Aus-

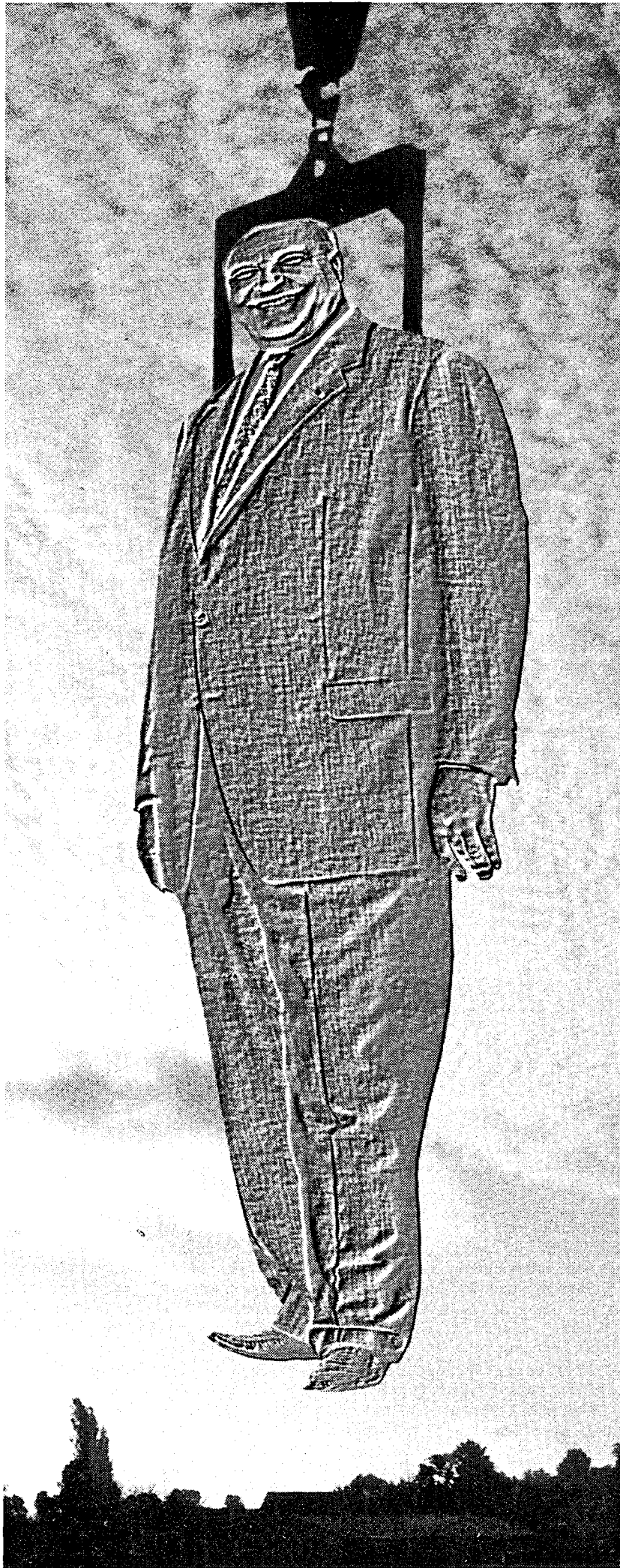
kunft der Kanzlei Weyrauch seien die Unterlagen bei einem Umzug des Büros verloren gegangen, referierte Schäuble.

Nach seinen Ausführungen entpuppte sich das Kontensystem der CDU in der Ära Kohl als ein kaum zu durchschauendes Labyrinth. „Die Treuhandkonten bildeten ein geschlossenes System. Es gab zumindest ein Poolkonto, aus dem die übrigen Treuhand-Anderkonten gespeist wurden, sodass sich nach Vorlage aller Konten ein in sich geschlossenes System ergeben müsste. Die Konten wurden jeweils durch Bareinzahlungen gespeist“, sagte Schäuble.

Er kündigte an, dass „angesichts der lückenhaften Faktenlage“ nicht auszuschließen sei, dass es „trotz allem politischen Willen zur Aufklärung des Sachverhalts nicht mehr möglich sein“ werde, „alle Einzelheiten lückenlos zusammenzustellen“.

Gegen Kohl soll möglicherweise schon nächste Woche ein Ermittlungsverfahren von der Bonner Staatsanwaltschaft eröffnet werden. Sein Anwalt Stephan Holthoff-Pförtner will der Staatsanwaltschaft noch in dieser Woche eine Stellungnahme übermitteln. Es sei aber noch „offen“, ob gegen den Altkanzler ermittelt werde.

Die öffentlichen Äußerungen von CDU-Generalsekretärin Angela Merkel, in denen sie sich demonstrativ für eine deutliche Emanzipation von Kohl aussprach, stießen in der Partei auf ein durchweg positives Echo. Die Zeit von Helmut Kohl sei „unwiederbringlich vorbei“, hatte sie in der FAZ erklärt. **Karin Nink** Schwerpunkt Seite 2, Kommentar Seite 12



Ein Monument wird demontiert: Laut CDU-Generalsekretärin Merkel ist es von Kohl „zu viel verlangt, von heute auf morgen alle Ämter niederzulegen“. Und übermorgen? Fotos [M]: M. Darchinger, D. Ausserhofer/Joker

Bündnis für Arbeit abgesagt

■ Gewerkschaft und Unternehmer können sich nicht über Rente mit 60 einigen. Neuer Termin Mitte Januar

Berlin (taz) – Das Bundeskanzleramt hat die für heute angesetzte fünfte Runde des Bündnisses für Arbeit abgesagt. Ein nächster Versuch zur Einigung über die „Rente mit 60“ soll Mitte Januar stattfinden. Es habe zwar „Annäherungen“ gegeben, die Positionen von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften seien „aber noch nicht ganz deckungsgleich“, sagte Regierungssprecherin Charima Reinhardt zur Begründung.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung Arbeitgeberverbände (BdA) lehnen die Rente mit 60 ab, die IG-Metall-Chef

Klaus Zwickel fordert. Durch den vorzeitigen Ruhestand wollen die Gewerkschaften Hunderttausende Arbeitsplätze für Neueinsteiger frei machen. Das Modell soll endgültig im Rahmen der kommenden Tarifverhandlungen vereinbart werden. Der BDI wendet sich jedoch gegen jegliche Regelung, die das Rentenmodell bundesweit verbindlich macht. Allenfalls in Frage kämen Maßnahmen in einzelnen Betrieben, hieß es beim BDI. Kanzler Schröder halte die Terminverschiebung für „nicht dramatisch“, sagte seine Sprecherin. **Hannes Koch** Bericht Seite 9

Chronik eines langsamen Todes ■ Schröder scheitert mit dem Bündnis für Arbeit

Bundeskanzler Gerhard Schröder ist mit seiner Konsensstrategie gescheitert. Als er vor über einem Jahr die Regierungsgeschäfte übernahm, pries er das Bündnis für Arbeit als sein zentrales Politikinstrument. Konflikte zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden sollten überwunden und die Arbeitslosigkeit reduziert werden. Jetzt zeigt sich, dass dieses Bündnis nicht funktioniert. Gestern sagte das Bundeskanzleramt die fünfte Gesprächsrunde ab. Das ist mehr als die bloße Verschiebung eines Termins. Das Bündnis für Arbeit ist am Ende. Was jetzt folgt, ist der Abgesang.

Schröder hatte die Unternehmer und Gewerkschaften an einen Tisch gebeten, um in einer gemeinsamen Anstrengung das als zentral erkannte Problem der hohen Erwerbslosigkeit in den Griff zu bekommen – oder zumindest den Eindruck zu erwecken, dass dies geschehe. Dabei hatte der Kanzler die Kontrahenten überschätzt: Keine Seite war zu wesentlichen Zugeständnissen bereit. Die Unternehmerverbände boten zu wenig an – über eine flächendeckende Arbeitszeitverkürzung wollten sie erst gar nicht verhandeln. IG-Metall-Chef Klaus Zwickel versteifte sich auf die Forderung nach der

Rente mit 60, der der gesellschaftliche Rückhalt fehlt. So mussten sich die Regierungssprecher nach jeder der vergangenen Verhandlungsrunden in der hohen Kunst üben, marginale Verabredungen in Erfolge umzudeuten.

Deutschland ist nicht Holland. Während im Mutterland der Arbeitsbündnisse der sozialpartnerschaftliche Konsens auf eine moderne Basis gestellt wurde, muss sich die deutsche Regierung nun besinnen. Angesichts der nicht überbrückbaren Gegensätze zwischen den traditionellen Lobbyorganisationen bleibt die Regierung für die Wirtschaftspolitik verant-

wortlich. Dieser Verantwortung muss sie sich stellen. Die Steuerreform zeigt, dass es auch in diesem Land möglich ist, erfolgreich wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen. An anderer Stelle, etwa beim Thema „35-Stunden-Woche“, fehlt der Regierung jedoch der politische Mut.

Wenn das Bündnis für Arbeit endgültig gestorben ist, wird ihm niemand mehr nachtrauern. Denn die anziehende Konjunktur dürfte das besorgen, was das Bündnis erreichen sollte: Optimismus verbreiten, Jobs schaffen. Schröder hat Glück. Sein Scheitern fällt nicht mehr weiter auf. **Hannes Koch**

Kommentar

■ taz berlin

SPD im Glaubenskrieg
Zwischen Schulsenator Klaus Böger und Walter Momper spitzt sich der Streit um den Religionsunterricht zu. Seite 19

ANZEIGE

Danke

an alle versiko-KundInnen,
die für über 30 Mio.
versiko-Aktien gekauft haben.
Wir versprechen auch
weiterhin gute Beratung!

Telefon 0211 – 97 37 0

versiko
Kapitalanlagen ■ Öko-Investment ■ Versicherungen

■ Lebenslang für Böttcher

Dreizehn Jahre nach dem Mord an ihren Töchtern ist Monika Böttcher im dritten Prozess verurteilt worden. Und die nächste Revision kommt bestimmt.

Tagesthema Seite 3

■ Zahntag in Büdelsdorf

Die kleine Gemeinde in Schleswig-Holstein zahlt in den Entschädigungsfonds, obwohl sie keine Zwangsarbeiter beschäftigt hatte. Doch der Bürgermeister sieht sein Städtchen in der Pflicht.

Interview Seite 4

■ Teure Pleiten

Das neue Konkursrecht sollte privaten Haushalten einen Ausweg aus der Schuldenfalle bieten. Ein Jahr nach In-Kraft-Treten haben nur wenige Schuldner von der neuen Regelung Gebrauch gemacht.

Wirtschaft und Umwelt Seite 9

■ Chávez' großer Auftritt

Was für ein Mann! Noch spät in der Nacht gräbt er im Schlamm nach Vermissten: Venezuelas Präsident Hugo Chávez nutzt die schlimmste Naturkatastrophe des Landes für einen großen Medienauftritt.

Ausland Seite 10

■ Minsker Verdikte

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko lässt sich immer neue Schikanen einfallen, um den wenigen Oppositionellen im Land den Garau zu machen.

Ausland Seite 11

■ Gewerkschaft 24

Die Gewerkschaften sind Erzeugnisse des Industriezeitalters. Die Angestellten von heute arbeiten aber nicht mehr im kollektiven Rahmen. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di muss Chancen für gute Arbeit organisieren. Debatte Seite 12

■ GodArt

Laufbild, Gemäldekatalog, Erzählung und Musik: Jean-Luc Godards monumentale „Histoire(s) du Cinéma“ ist als TonBildTextBuch auf Deutsch erschienen. Auf fünf CDs erzählt, zeigt, denkt und verbindet Godard die Geschichten in der Kinogeschichte. Kultur Seite 15

Fernsehprogramm

Seite 14

